

EINE WELT (GLOBAL GOVERNANCE)

Ehe man auch nur dem Gedanken an eine Regierung – oder besser: Verwaltung – für unsere eine Welt nachgeht, müssen die gemeinsamen Interessen, welche die Völker haben, abgeklärt werden! (Ein prominenter Kritiker an der Annahme, die Völker hätten „gemeinsame Interessen“ ist Ralf Dahrendorf („Unfähig zum Überleben“)). Diese decken sich zunächst mit den biologisch begründbaren Tatsachen, wie dem Überleben und der Weitergabe des Lebens. Schon bei den darüber hinaus reichenden Interessen werden die Schwierigkeiten dieser Bemühung offensichtlich, ganz unmöglich erscheint ein Konsens, wenn es um das „Wie“ geht. Unsere EU-US-Maßstäbe anzulegen, würde bedeuten, dass die Mehrheit der Menschen unverstanden blieben, ganz abgesehen davon, welche Begründungen es für die Übernahme unserer Auffassungen gibt.

Bisher haben wirtschaftliche Interessen – und nicht nur durch die großen Konzerne vertreten – dazu geführt. **Globalisierung unter der Herrschaft der EU-US-Minderheit** voranzutreiben. Es ist nicht abzusehen, dass sich eine Entwicklung zeigt, diese Majorisierung zu beenden oder auch nur teilweise rückgängig zu machen. Der Beginn des weltweiten Terrorismus ist nur ein Zeichen dafür.

Wir sehen in diesen Schwierigkeiten ein Spiegelbild derjenigen, die selbst einer relativ gleichgepolten Staatengemeinschaft, wie der europäischen schon zu schaffen machen. Der EU-Weg, Gemeinsamkeit durch stärkere Bürokratisierung herzustellen, kann für die Gesamtwelt wohl kaum Vorbild sein (und ist für uns auf Dauer nicht gangbar).

Eine der ganz konkreten Fragen ist also vorab zu lösen: Wie kann der Minderheit (einschließlich der EU-US-Infizierten in der „Dritten“ Welt) Reduzierung ihrer Ansprüche (im weitesten Sinne) abverlangt werden und auf welchen gemeinsamen Lebensweg könnten sich die Menschen, quasi als „unterem Level“, einigen.

Mit dieser Frage berühren wir ein Problem, das selbst in den einzelnen Nationen nicht mehr unbekannt geblieben ist, die Forderung nach einem gesicherten Existenzminimum. Könnte dieses weltweit unter teilweiser Berücksichtigung unterschiedlicher Wertvorstellungen eingeführt werden, so wäre ein mutmaßlich beim einzelnen Gebenden kaum spürbarer Ausgleich geschaffen. Als Gegenposten könnte die höchst problematische „Entwicklungshilfe“, die zu nicht unerheblichen Teilen (z. B. über den angeheizten Konsum) in die Länder der „Ersten“ Welt zurückfließt, eingespart werden – an die Rüstungsindustrie garnicht zu denken. 1987 machten die globalen Militärausgaben über 1.000 Mrd. US-Dollar (!) aus, noch nicht gerechnet die Folgen der Anwendung von Kriegsgeräten (UNDP), sowie die Aufwendungen für Konversion und Verschrottung überholter oder gefährlicher Waffen (z. B. durch KSE-Vertrag). Dazu aber muss außerdem die Macht des Wirtschaftsimperialismus und seiner hegemonialen Ambitionen gezähmt werden.

Jeglichen Globalisierungsbestrebungen voranzustellen ist ein durchsetzbares, verbindliches Völkerrecht einschließlich der Menschenrechte für jeden Einzelnen. Dieses muss regionale Abweichungen in einem gewissen, konsensfähigen Rahmen zulassen. Damit wäre der von vorn-

herein zum Scheitern führende Umweg der Einführung einer Weltethik unnötig. Gerade in der akzeptierten Verschiedenheit bei grundsätzlicher Übereinstimmung liegt die Chance, weil die Kulturkonflikte in der Welt allmählich mehr an Bedeutung gewinnen, als die Ideologiekonflikte.

Die Dynamik, mit der sich die Welt verändert – Neue Kommunikation – muss eine Entsprechung darin finden, zu klären, wie wir zukünftig miteinander auskommen wollen.

Es darf keinesfalls auf dem bisher beschrittenen Irrweg fortgeschritten werden, der dadurch gekennzeichnet ist, dass die Politik zum Dienstleister des global agierenden Großkapitals geworden ist (Eine solche Entwicklung lässt es beispielsweise zu, dass ein „linker Politiker“ wie der Bundeskanzler Schröder, seine Opposition als „Bruder der Bosse“ rechts überholt.) und dass sich eine Entwicklung absehen lässt, dass politisch längst nicht mehr zu übersehende „Finanzströme“ in der Lage sind, ganze Volkswirtschaften zu beeinflussen und zu majorisieren, ja zu vernichten oder in perfider Weise gegeneinander auszuspielen. (Beschneidung der Kapitalrentabilität) (Vgl. dazu die systematische Vernichtung mittelamerikanischer Ananasplantagen durch große US-Konzerne, indem sie in willfährigeren Nachbarländern neue Plantagen aufbauen).

Dass man sich vom gerade so medienstark propagierten Wirtschaftssystem, das einer ganzen Welt aufgelegt wurde, verabschieden muss, ist überhaupt keine Frage. Eher sollte die Frage beantwortet werden, was an Stelle einer Auffassung zu setzen ist, die in hyperdarwinistischer Weise ihre starken Ellbogen dazu gebraucht, die Schwächsten beiseitezuschieben. Abschied nehmen heißt es auch von der Gottheit „Wachstum“, ohne die angeblich unsere heutige Ausbeuterwirtschaft nicht mehr „leben“ kann (und mutmaßlich auch nicht funktionieren kann), ohne in abstruse, angeblich der Natur abgelauschte Kreislaufvorstellungen zu verfallen oder „Vater“ Staat in seiner heute schon eher auf Bürokratisierung denn auf Visionen zielenden Rolle auch noch zu stärken.

Dies alles läuft darauf hinaus, dass sich eine neue Weltverwaltung weder auf die Vorbilder der Nationalstaaten beziehen, noch unter der Herrschaft der Globalisierung, diesem neuen Kolonialsystem, gedeihen kann (→ QBL 25 Globalization takes command).

Nach dem Philosophen John Rawls gibt es sehr wohl einen kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen egalitär-demokratischen und „wohlgeordneten hierarchischen“ Gesellschaften. Dabei wird ein autokratisches System als wohlgeordnet bezeichnet, „wenn es die unpolitischen Freiheitsrechte gewährleistet und die schlimmste Armut beseitigt“. Ein solches Regime gibt es allerdings zur Zeit nirgends. Immerhin ist dies ein Ansatz, einen allmählichen Übergang zu mehr demokratischen Strukturen zu bewirken, zugleich eine Absage an jegliche Soforttotaldemokratisierung.

Diese Definition liefert uns überdies dann einen brauchbaren Ansatz für das Projekt einer Weltverwaltung, wenn die Voraussetzungen für eine kompatible Struktur in den einzelnen Ländern gegeben sind. (→ QBL 10 Die Rolle des Staates, 20 Hegemonie nie, 25 Globalisation takes command und besonders 30 Europa und 48 Die Aufgabe der Kommunen)

Auf dem dort im einzelnen geschilderten „Unterbau“ wäre lediglich eine „Dachorganisation“ zu errichten, die hauptsächlich Koordinierungs- und clearing-Aufgaben übernimmt (etwa im Sinne der Projektleitung in der Wirtschaft), abgesehen von solchen (wenigen) höchstinstanzlichen Aufgaben wie Weltgerichtshof und höchsthoheitlichen Aufgaben wie einer weltpolizeilichen Eingreiftruppe (anstatt der Nationaltruppen). **Grundsatz aller Überlegungen muss es sein, eine einheitliche Globalgesellschaft zu vermeiden und stattdessen eine Verschiedenartigkeit der Völkerunionen und der Regionen zu fördern.**

Dass dabei andere Gewichtungen als die heutige Diktatur einer Hegemonialmacht entstehen, ergibt sich allein durch die Verteilung der Weltbevölkerung im Vergleich des Jahres 2002 mit der Prognose für das Jahr 2050: Asien 3,8 → 5,4; Afrika 0,8 → 2,0; Europa 0,7 → 0,8; Lateinamerika 0,5 → 0,6; Nordamerika 0,3 → 0,4; Ozeanien 0,03 → 0,06; (Quelle: UNO Weltbevölkerungsbericht 2002)

Einige konkrete Aufgaben auf dem Weg dahin sind vorrangig zu lösen. Dazu gehören Kontrollmechanismen für die weltweiten Finanztransaktionen und die Auslandsdirektinvestitionen der transnationalen Konzerne ebenso, wie eine Steuerung der ungehemmten Kulturvereinheitlichung auf der Basis eines „freien“ Marktes mit der Folge des vernichtenden Zivilisationsimperialismus. (Aber diese Aufgabe ist auch ohne den Gedanken an global governance anzugehen) Andere Aufgaben sind bereits durch transnationale (sic!) soziale Bewegungen in Angriff genommen, man denke nur an die Menschenrechts- und Ökologiebewegungen, die bereits eine ausbaufähige dritte Kraft neben andern NGOs darstellen.

Ohne die Errichtung einer Weltsozialordnung mit einem allseits anerkannten Wirtschaftssystem als Grundlage freilich, würden alle Mühen umsonst sein. Gleiches gilt für eine Menschheit, deren Gesellschaften frei von institutioneller Demütigung sein müssen. **Abschaffung des Über- wie des Untermenschen! Kein Ersatz der Nationalstaaten durch einen Weltstaat!**

Konkret heißt dies, dass die oberste politische Ebene auf dem Gebiet der Völkerunionen verbleibt und nur ausnahmsweise Funktionen durch die Weltverwaltung übernommen werden. Die sogenannte Terrorismusbekämpfung diene dafür als Beispiel, welche Vorteile daraus erwachsen würden: Bessere Absicherung und Kompetenz.

Mit der allmählichen Einrichtung von Einzelstellen der Weltverwaltung, die durch die Völkerunionen bestellt werden, ist die gleichzeitige Eliminierung von derzeitigen Weltherrschaftsinstitutionen zu verbinden. Dazu gehören alle nichtdemokratisch „legitimierten“ Organisationen, wie ICC, TABD, USCIB, IIF, CFR, IWF, WTO & Co., d. h. weitere halbverdeckt oder verdeckt wirkende Interessenverbände (ganz zu schweigen von den im Dunkeln „arbeitenden“, wie CIA und FBI und verwandte kriminelle Mächte).

Unsere erste Aufgabe besteht in der Stärkung transnationaler NGOs. Ein langer Weg liegt vor uns; aber mit Ihnen müssen wir im Kleinen anfangen, ihn zu begehen: